

Mittelsächsische

# LinksWorte

15. März 2012

Nr. 55

6. Jahrgang



Viel Prominenz der LINKEN bei der Anti-Nazi-Aktion am 18. Februar in Dresden. Aber bereits am 13. Februar, dem Jahrestag der Zerstörung Dresdens vor 67 Jahren, gab es vielfältige Aktionen des Bündnisses Dresden-Nazifrei. Wir berichten in dieser Ausgabe darüber. Im Bild u.a. Dagmar Enkelmann, erste parlamentarische Geschäftsführerin der Bundestagsfraktion der LINKEN, die Parteivorsitzende Gesine Lötzsch und Bodo Ramelow, der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Thüringer Landtag. Auch in Chemnitz stellte man sich am 5. März gegen die Nazis quer. Auch darüber berichten wir in dieser Ausgabe.

## Die drei Titelthemen dieser Ausgabe

**1.** Linksjugend Solid Mittelsachsen  
Vollversammlung wählt in die neuen  
Führungspositionen

**2.** LINKSfraktion aktuell:  
Aus der Klausurtagung zur Vorbe-  
reitung des Kreistags vom 28. März

**3.** Im Blickpunkt LINKER Politik:  
Die LINKE und die öffentliche  
Sicherheit

- 2 editorial & 18. Februar in Dresden
- 3 glosse & politischer frühschoppen in zwickau
- 4 **titelthema 1: linksjugend solid hat gewählt**
- 5 neues Buch des letzten kulturministers der ddr
- 6/7 **titelthema 2: aus der linksfraktion im kreistag mittelsachsen**
- 8 **titelthema 3: landesentwicklung schwerpunkt öffentliche Sicherheit**
- 9 Genosse Falk Neubert in Dresden aktiv
- 10/11 unsere serie: episoden aus der mittelsächsischen geschichte (10)
- 11 kreisvorstand & glückwünsche
- 12 termine & anti-nazi-aktionen

Die nächste Ausgabe der „Mittelsächsischen LinksWorte“ erscheint am 19. April. Redaktionsschluss ist am Mittwoch, dem 11. April. Unsere Leser werden herzlich gebeten, für den Druck, die Herausgabe und Verbreitung der „Mittelsächsischen LinksWorte“ zu spenden.

Geldspenden können unter Angabe des Verwendungszwecks „Spende für LinksWorte“ an folgende Bankverbindung gerichtet werden:

**DIE LINKE. Mittelsachsen**  
 Kreissparkasse Freiberg  
 BLZ: 870 520 00  
 Konto-Nr.: 311 502 821 0

Zuschriften, Polemik, Kritiken und Hinweise sind ausdrücklich erwünscht. Bei Veröffentlichung bringen sie nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion zum Ausdruck.

**Impressum**

Herausgeber: **DIE LINKE.**  
**Kreisvorstand Mittelsachsen**

Postanschrift der Redaktion:  
 Kreisgeschäftsstelle der LINKEN  
 z. Hd. der Redaktion der „LinksWorte“  
 09599 Freiberg, Roter Weg 41/43  
 Telefon: 0 37 31 - 2 22 56  
 Telefax: 0 37 31 - 20 21 40  
 Email: kontakt@dielinke-mittelsachsen.de

Redaktion: Ruth Fritzsche, Sabine Lauterbach,  
 Michael Matthes, Sabine Pester, Hans Weiske  
 (verantw. i.S.d.P.), Peter Zimmermann

Layout, Satz und Fotos: A • Bi • Te  
 Agentur für Bild und Text Dr. Hans Weiske  
 Birkenstraße 23b 09569 Falkenau

Verlag und Vertrieb: Eigenverlag und -vertrieb

Druck: Druckerei Willy Gröer GmbH & Co. KG,  
 Boettcherstrasse 21, 09117 Chemnitz.

Internet: Die „LinksWorte“ werden im Internet unter [www.links-worte-mittelsachsen.de](http://www.links-worte-mittelsachsen.de) veröffentlicht. Dort ist auch ein Archiv der bisherigen Ausgaben verfügbar.

aus der redaktion

Liebe Leserinnen und Leser,

der „durchwachsene“ Winter 2011/2012 liegt hinter uns. Was nicht heißt, dass er auch in den kommenden Wochen noch einmal zuschlagen kann. Geschichte aber ist die markante Kälteperiode in der ersten Februarhälfte. Nach den Anti-Nazi-Protesten am 13. und 18. Februar in Dresden setzte - fast schon symbolisch - Tauwetter ein. Und zum dritten Mal in Folge konnte den Nazis in den Arm gefallen werden. In „Elbflorenz“, wo sie immer im Februar seit Jahren fast unbehelligt ihre Demonstrationen abhalten konnten, scheint für die braune Pest seit zwei Jahren kein Platz mehr zu sein. Wir berichten in dieser Ausgabe ausführlich.

Unser erstes heutiges Titelthema ist dem Jugendverband solid gewidmet. Der war übrigens mit einer vollen Busbesetzung sowohl am 13., als auch am 18. Februar in Dresden vor Ort. Beeindruckend die Vielfalt der politischen Aktivitäten der Jugendlichen, vor allem aus dem Raum Geringswalde und Rochlitz.

Im Mittelpunkt der Kommunalpolitik im Landkreis steht gegenwärtig die Vorbereitung auf den Kreistag am 28. März. Bis zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe der LinksWorte haben die Ausschüsse beraten, auch die Linksfraktion kommt vorher nochmals zu einer Sitzung zusammen. Wir informieren über den aktuellen Stand vom Anfang März.

Aufgrund der Fülle an aktuellen und bereits vor angekündigten Beiträgen (wir wollen bei unserem Umfang von 12 Seiten bleiben) verschiebt sich die nächste Folge unserer kleinen Serie „Genossen einmal anders“ auf die Aprilausgabe. Dann lernen wir unser Kreisstadtmittglied und Vorsitzenden des Ortsverbandes Leisnig der LINKEN, Dieter Kunadt, als Sachverständigen für Pilze kennen.

Ein Wort noch zu unserer Serie zu Episoden aus der mittelsächsischen Geschichte. Nachdem wir in neun Folgen vor allem die mittelalterliche Burgwardkette „abgegrast“ haben, widmen wir uns heute dem Kloster Altzella bei Nossen. Und das ist nur die Overtüre zum nachfolgenden mehrmonatigen Gastspiel in unserer Kreisstadt Freiberg. Das hängt vor allem damit zusammen, dass Freiberg in diesem Jahr seine 850-Jahr-Feier begeht und außerdem zum zweiten Male Gastgeber zum „Tag der Sachsen“ ist. Und Geschichteepisoden aus Freiberg kann man - zumal in diesem Jahr - nicht in eine Ausgabe der LinksWorte packen.

Wie immer wünschen wir unseren Leserinnen und Lesern eine anregende Lektüre der neuesten Ausgabe der mittelsächsischen LinksWorte.

„wir waren am 18. februar in dresden dabei“

von Ruth Fritzsche, Freiberg

Am Morgen des 18.02.2012 setzten sich um 08.30 Uhr 15 beherzte BürgerInnen in Freiberg in einen Omnibus, um in Dresden evtl. an einer erneuten Blockade gegen einen Naziaufmarsch teilzunehmen. Wir waren schon sehr früh an Ort und Stelle am Hauptbahnhof Dresden. Es war uns bekannt, dass gegen 11.00 Uhr - falls die Nazis nicht kommen - vor dem Hauptbahnhof gegen die im vergangenen Jahr erlebten Demütigungen der Nazigeegner durch die sächsische Polizei aufmerksam gemacht werden sollte und evtl. auch der Freude Ausdruck gegeben werden soll, dass es das Bündnis „Dresden nazifrei“ geschafft hat, die Nazis aus Dresden zu vertreiben. Bevor es 11.00 Uhr wurde, waren nur wenige Versammelte zu sehen und es wurde auch geäußert: „Wenn die Nazis nicht kommen, wird die Kundgebung nicht so umfangreich werden“.

Aber: Es war falsch gedacht. Zwischen 11.00 Uhr und 11.30 Uhr wurde die Masse Leute am Hauptbahnhof immer unübersichtlicher. Bevor sich nun alle eingeordnet hatten verging eine lange Zeit. Wir, die Freiburger schlossen uns an unsere LINKEN aus dem Bundesvorstand an und waren damit fast am Ende der Demonstration, die ja vom Hauptbahnhof zum „Haus der Begegnung“ auf der Großenhainer Straße vorgesehen war. Ehe wir zum Loslaufen kamen, waren die ersten schon an der Schießgasse, dem Polizeipräsidium bzw. an der neuen Synagoge, wo kurze Ansprachen gehalten wurden, von denen wir jedoch auf Grund der weiten Entfernung nichts hören konnten. Wir konnten nur warten. Da es aber ein wunderschöner sonniger Tag war, war es sehr angenehm und bei allen spielte die Freude mit, wir haben die Nazis diesmal vertrieben. Hoffentlich wird nun endlich „Dresden nazifrei“ zu einem Dauerzustand. Auf jeden Fall demonstrierten auf unserem Weg mehr als 10.000 vor allem junge Leute aus allen Bundesländern. So soll es bleiben!

**Hinweis der Redaktion:** Weitere Berichte zu den Anti-Nazi-Aktivitäten in Dresden und Chemnitz auf den Seiten -9- und -12-.

Es braucht das ganze Leben, um einzusehen, wie dinglich sich die Dinge, wie menschlich sich die Menschen verhalten.

Hugo von Hofmannsthal

auf seite - drei -  
- immer konsequent links -  
**unser monatlicher  
meinungsbeitrag**

Es bedarf der Mühe, die Kolumne nicht wieder zur Glosse werden zu lassen, in Anbetracht der Frage: Wer will eigentlich Gauck? Fangen wir mit dem Einfachen an. Wir, DIE LINKEN wollen Gauck ganz sicher nicht. Was der Mann so von sich gibt, hat so wenig Linkes wie ein Rechts-Abbiege-Gebotsschild. Die Bundeskanzlerin allerdings will ihn auch nicht, wie man hört. Allein die Aussicht, ihn aufstellen zu müssen, soll bei ihr einen Wutausbruch hervorgerufen haben – eine bei einer Mecklenburgerin Merkelscher Machart schwer vorstellbare Gemütsregung. Schließlich weiß eine mecklenburgische Pastorentochter vom mecklenburgischen Pfarrer auch etwas mehr als andere, z.B. dass seine Söhne zwar ausreisen durften (was noch nicht auffällig ist). Aber dem Vernehmen nach sollen sie jederzeit zum Elternbesuch wieder einreisen gedurft haben, was nicht dem üblichen Reglement entsprach. Ihr dürfte es auch nicht so ganz recht sein, der katholisch geprägten (West-) CDU noch einen Protestanten vor die Nase zu setzen. Also – die CDU will ihn auch nicht, sie hätte ihn schließlich vor knapp zwei Jahren schon haben können.

Wollen ihn vielleicht die Sozialdemokraten und die Grünen? Vor zwei Jahren wussten beide, wir bringen einen eigenen Kandidaten nicht durch, und zusammen mit DEN LINKEN wollten sie nicht. Die Aufstellung von Gauck erfüllte die Funktion des maximalen Ärgernisses für die Anderen. Auch heute verließen sie sich darauf: Der wird es nicht werden. Denn folgende Überlegung ist schlüssig und entspricht dem politischen Geschäft: Die Große Koalition der schon lange nicht mehr Großen wirft ihre Schatten voraus. Man schlägt dem Anderen einen Kandidaten vor, den der Andere nicht akzeptiert, um sich schließlich auf einen zu einigen, den beide wollen. Da wäre zum Beispiel ein Exbürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg denkbar – Voscherau, von Beust oder von Dohnanyi.

Doch dann passierte ein politischer Unfall. Die irrlichternde, in Agonie liegende FDP wollte wahrgenommen werden und auch mal etwas durchsetzen. Und genau deshalb haben nun alle einen Kandidaten, den keiner will. Nur Gauck will Gauck. (mm)

## Ein Politischer Frühschoppen in Zwickau

von unserem Redaktionsmitglied Michael Matthes

Die Bekanntschaft mit dem Vorsitzenden des Stadtverbandes Zwickau verschaffte mir eine Einladung zu einem Politischen Frühschoppen im BRAUHAUS zu Zwickau. Das Eigenbräu des Ortes ist von lobenswerter Qualität, der Festsaal auch. Das Publikumsinteresse war mit siebenundzwanzig Gästen hinreichend groß. Und damit hatte sich das Kommen von **Sabine Zimmermann**, allseits bekannt, und **Andre Hahn**, ebenso bekannt, gelohnt. Es gab zwar keine vorgegebene Tagesordnung, doch die Themen fielen der Veranstaltung geradezu in den Schoß: Gauck als oberster Deutscher und die Nazi-Verbrecher-Clique von Zwickau.

Man war sich schnell einig: Wulf ist der absolute Tiefpunkt und dies geht einher mit dem Verfall des politischen Niveaus in dieser Bundesrepublik. Doch die Nominierung

würden Beate Klarsfeld im Falle ihrer Kandidatur nicht ihre Stimme geben. Mit Erleichterung kann man nun feststellen, DIE LINKE hat sich mit eben dieser Kandidatin eine Trumpfkarte ins Blatt gesteckt. Die Frau ist geradezu eine Idealbesetzung, der personifizierte Antifaschismus und dem Establishment ein unbequemer Kritiker. Mir imponiert am meisten an ihr: Sie erweckt den Eindruck, sie könnte auch Bundespräsidentin und ganz sicher besser als Gauck.

Wie bereits angedeutet bildete den anderen Themenschwerpunkt das in Zwickau ansässige Terrortrio. Schnell bildete sich die Meinung heraus, die Sicherheitsinstitutionen der Bundesrepublik sind das Geld nicht wert, dass der Steuerzahler für sie aufwendet. Es ist ja so, dass sie die Terroristen bis dato nicht im Visier hatten. Dass die beiden Täter heute tot sind, ist der Aufmerksamkeit eines Eisenacher Bürgers zu



Zwischen LINKER und Brauhaus Zwickau: prominent besetztes Präsidium zum Politischen Frühschoppen in Zwickau. Der Stadtverband Freiberg trägt sich mit ähnlichen Überlegungen. Start soll in der zweiten Aprilhälfte sein.

Foto: M. Matthes

von Gauck verspricht keine Leidenslinderung. Die Mär, er sei bei der deutschen Bevölkerung anerkannt, hält keiner Prüfung stand. Die ostdeutsche Bevölkerung lehnt ihn mehrheitlich ab. Das besagen Meinungserhebungen. Selbst in Rostock, wo er sicher einen lokalpatriotischen Bonus genießt, ist die Mehrheit gegen Gauck eingestellt. Friedrich Schorlemmers Kritik an ihm ist exemplarisch für die Haltung der nichtkonvertierten DDR-Bürgerrechtler. Umso interessanter ist dann natürlich, was tut DIE LINKE. (Am 25. Februar, dem Tag des Frühschoppens war die Entscheidung noch nicht gefallen.) Am Donnerstag vor dem Frühschoppen hatte die Bundesspitze getagt. Und man tat sich wie üblich schwer, ob man auf einen eigenen Kandidaten verzichten sollte oder nicht. Es muss, wie man aus den Andeutungen von Andre Hahn entnehmen konnte, hoch her gegangen sein. Es gab sogar Einige, die lauthals verkündeten, sie

verdanken, der bemerkt hatte, wie zwei Männer in übergroßer Eile ihre Fahrräder in das Innere eines Wohnwagens warfen und der daraufhin die Polizei rief. Sonst wären die Verbrecher noch heute frei. Bezeichnend fand das Publikum, dass Tillich und Co. immerzu davon sprechen, das Geschehen gehöre nach Thüringen. Es ist mit Händen zu greifen, die Christlich-Demokratischen können mit solchen Terroristen ganz gut auskommen, aber diese Erkenntnis hat ebenfalls keinen Neuheitswert.

Wenn in unseren Reihen daran gedacht wird, Politische Frühschoppen abzuhalten, dann seien **zwei Hinweise als Fazit aus der Zwickauer Veranstaltung** gestattet: **Erstens** man sollte das als eine Veranstaltungsfolge planen, weil sich eine Art Tradition begründen muss. Und **zweitens** sollte es gelingen, einem Diskutanten aus den eigenen Reihen einen anderen von außerhalb der Partei an die Seite zu stellen.

die mittelsächsische linksjugend solid - aktiv, antifaschistisch und wissbegierig

Es ist gewissermaßen ein Erbe des ehemaligen Kreisverbandes Mittweida der PDS, dass eine aktive linke Jugendorganisation zur mittelsächsischen LINKEN kam. Auch in Döbeln und Freiberg gab es alternative Jugendinitiativen, die aber bei weitem nicht so nahe bei der LINKEN standen, wie die Linksjugend solid mit ihrem „Heimathafen“ Geringswalde.

Es war eine Bitte der Jugendlichen in den mittelsächsischen Linksworten ihre „eigene Seite“ zu erhalten, manchmal auch zwei. Das haben sie sich verdient, denn sie sind ungemein aktiv. Was auch diese Seite verdeutlicht.

Pressemitteilung

Am Abend des 27.02.2012 versammelten sich die Mitglieder des Jugendverbandes Solid Mittelsachsen e.V., um die neuen Führungspositionen (Vorsitzenden, Vorstand, etc.), zu wählen.

In der Zeit von 19-22 Uhr sind zahlreiche neue Arbeitsgemeinschaften gegründet wurden, die ab sofort ihre Arbeit aufnehmen. Die Wahlkommission, unter anderem vertreten durch **Walther Exner**, zählte den einstimmigen Sieg der neuen Vorsitzenden **Jessica Brandl**, die durch zwei stellvertretende Vorsitzenden unterstützt wird.

Der Vorstand setzt sich zukünftig ebenfalls aus drei ambitionierte Genossen\_innen zusammen. Ein rechtherzlichen Dank geht an Walther Exner, für seine tatenkräftige Unterstützung und seine aufgebrauchte Geduld.

Wir gratulieren den Genossen und Genossinnen rechtherzlich zu ihren Erfolgen und wünschen ihnen einen erfolgreichen und zielstrebigem politischen Weg.



Mit dieser Presse-Information hat sich Marco Hinkel vorgestellt, der künftig in unserer Redaktion mitarbeiten wird. Marco wurde auf der Vereins-Vollversammlung von solid in Rochlitz zum Pressesprecher gewählt und gestaltet ab sofort die Seiten für den Jugendverband in die Linksworte. Desweiteren geht er als einziger Kandidat für den Jugendverband im Landkreis Mittelsachsen für den Bundesparteitag ins Rennen.

Marco Hinkel erhält eine Ausbildung zum Kaufmann für Dialogmarketing. In seiner Freizeit spielt er in einer Band und ist sportlich aktiv.

Er arbeitet an diversen Jugend- und Sozialprojekten mit, so Efa (Essen für alle), und interessiert sich für die Politik.

Wichtige Themen dabei sind ihm:

- Familien und Sozialpolitik
- (Chancengleichheit der Jugendlichen)
- Verbesserung des Schulsystems
- Antifaschismus entkriminalisieren
- Chancengleichheit bei Frauen und Männern

Außerdem ist er Greenpeace-Aktivist.



Schnappschuss von der Mitgliederversammlung in Rochlitz



von David Rausch

26 Personen beteiligten sich an der Bildungsreise nach Berlin vom 3. zum 4. März.

Neben dem Holocaustdenkmal und dem Gebäudekomplex „Topographie des Todes“ standen auch die Berliner Mauer und der Führerbunker auf dem Programm.

Eine genaue Auswertung des Gesehenen werden wir in der Aprilausgabe unserer Linksworte bringen, da es erst selbst verarbeitet und im Kollektiv ausgewertet werden muss.

Soviel vorne weg, die Fahrt wird zum Jahresende wiederholt und vervollständigt, so dass sie allen Genossinnen angeboten werden kann.

Außerdem ist vorgesehen, im November eine Bildungsreise nach Israel zu organisieren.

„Lustig ist anders!“

Pressemitteilung von Solid Mittelsachsen e.V. zur makaberen Verhöhnung von Krieg durch den KCR

Unter dem Motto: „Wilde Träume werden wahr - wir laden ein nach Afrika“ stehen die diesjährigen Karnevalsfeierlichkeiten des KCR (Karneval-Club

Rochlitz). Wer hier allerdings im ersten

Moment an wilde Tiere und aufregende

Safari denk, liegt leider falsch. Wie

am 16. 02. 2012 in der Freien Presse

zu lesen war, wird das Programm des

Karnevalclub mit einem sehr makaberen

Scherz eingeleitet. Mit dem Satz: „So

billig wie mit Rommel kommen wir nie

wieder nach Afrika“ schlägt der Verein

unserer Einschätzung nach völlig über

die Strenge. Doch das ist nicht genug: in

der Einleitung des „Sketches“ rollen zwei

Darsteller bei Motorgeräuschen mit einem

Panzer aus Pappe ein: Kriegverherrlichung

als Unterhaltungsprogramm. Nachdem

der „Sketch“ vorallem bei den Älteren

zuschauern auf Kritik stieß, verteidigte

der Sprecher des KCR Steffen Burkhardt

den Vorfall mit den Worten: „Der Panzer

und die Anspielung auf Rommel sind nur eine

Art Klammer, mit der die beiden Protagonisten

ihren Sketch eingeleitet haben. Das ist Satire,

und Satire überhöht“. Für uns stellen sowohl

der sogenannte „Sketch“ wie auch die Aussagen

von Steffen Burkhardt eine Anmaßung dar. Erwin

Rommel, als einer der wichtigsten Männer für

Hitlers Feldzüge im 2. Weltkrieg, war maßgeblich

an der Ermordung unschuldiger Menschen,

getrieben durch Größenwahn, beteiligt. Es

kann und darf nicht sein, dass Scherze auf

Kosten derer gemacht werden, die in diesem

von Deutschland ausgehenden Krieg ihr Leben

lieben oder bis heute unter den dramatischen

Erlebnissen leiden müssen. Zur Rechtfertigung,

solch ein Scherz sei Satire, muss klar gestellt

werden, dass Satire auch Grenzen kennen muss,

welche spätestens bei der Darstellung von Krieg

als Amusement erreicht sind. Wir verurteilen

den „Sketch“ und die Aussagen des KCR, und

fordern den Verein auf, den Sketch nicht weiter

aufzuführen und sich für die Relativierung von

Kriegsverbrechen und der daraus resultierenden

Verhöhnung von Kriegsoffizieren öffentlich zu

entschuldigen.



## Der letzte Kulturminister der DDR und seine aktive Rolle in der PDS in den Jahren 1990 und 1991

Von Hans Weiske

**D**ietmar Keller - letzter Kulturminister der DDR in den 121 Tagen der Modrow-Regierung - hat nach zehnjähriger Abstinenz unter dem Titel „In den Mühlen der Ebene“ wieder ein Buch geschrieben. Wir stellen es in drei Teilen vor und lassen Keller zu Wort kommen. In unserem heutigen zweiten Teil und in unserer April-Ausgabe geht es um die Jahre seines politischen Wirkens nach der politischen Wende bis Mai 2002, als er die PDS enttäuscht verlässt. Für die Leser, die sich aus historischer Sicht für die lebhafteste Diskussion zu den Kinderkrankheiten der SED-PDS und ihrer Haltung zur Aufarbeitung der „Geschichte und Folgen der SED-Diktatur“ in den Jahren der politischen Wende interessieren, ist der zweite Teil des Buches eine wahre Fundgrube. Denn: Dietmar Keller erklärte sich Anfang 1990 gegenüber dem Parteivorsitzenden Gregor Gysi als einziger SED-PDS-Minister der Modrow-Regierung bereit, für seine Partei für die neue Volkskammer zu kandidieren.

Keller charakterisiert die „Wende-Zeit“ für die SED-PDS prägnant mit folgenden Worten: „Nach der Phase des Scheiterns und dem verzweifelten Versuch ihrer Umgestaltung, Auflösung, Neugründung oder Neugestaltung von Oktober bis Dezember 1989 folgten eine Phase des verzweifelten Bemühens um die Verhinderung ihres Untergangs vom Dezember 1989 bis zum Frühjahr 1990 und der Beginn einer schleichend langsamen Konsolidierung ab etwa Anfang/Mitte Februar 1990“.

Dietmar Keller wurde am 18. März 1990 als einer von 66 Abgeordneten der PDS in die neue Volkskammer gewählt. Die PDS erhielt beachtliche 16,4 Prozent der Stimmen. Gemeinsam mit Höpcke, Modrow und Willerding war Keller einer von nur vier ehemaligen Partei- und Staatsfunktionären der DDR in der PDS-Fraktion. Gregor Gysi wurde Fraktionsvorsitzender, Dietmar Keller



sein erster Stellvertreter. „Die Angst vor den Fehlern der Vergangenheit schien unsere Arbeit zunächst zu lähmen“ – so Keller. Dennoch „war es für uns eine wunderbare Zeit



Gregor Gysi und Dietmar Keller zur Buchpräsentation von „In den Mühlen der Ebene“ im Januar in Berlin. Gysi hielt die Laudatio zu Kellers Buch.

des Lernens, des Übens in Bescheidenheit und des Begreifens ...“.

Unter den 24 aus der PDS-Fraktion am

*„Die Angst vor den Fehlern der Vergangenheit schien unsere Arbeit zunächst zu lähmen.“*

3. Oktober 1990 in freier und geheimer Wahl in den ersten gemeinsamen deutschen Bundestag entsandten Abgeordneten war auch Dietmar Keller. Die meisten Stimmen in der internen Fraktionsabstimmung erhielten Gregor Gysi und Marlies Deneke.

Zur Bundestagswahl Anfang Dezember

1990 erhielt die PDS/Linke Liste 2,4 Prozent der Stimmen, im Osten Deutschlands immerhin 11,1 Prozent und errang – bedingt durch die getrennte Auszählung in Ost- und Westdeutschland – 17 Bundestagsmandate und den Status einer Bundestagsgruppe. Gysi und Keller waren dabei, auch vier linke Bürgerinnen und Bürger aus der alten Bundesrepublik. Diese Bundestagsgruppe, so Dietmar Keller, erwies sich bald als „Rettungsanker für die gesamte Partei“. Für ihn selbst als früheren Funktionär der SED aber begann ein Leidensweg mit medialem Trommelfeuer und üblen Verdächtigungen. Genannt seien hier nur haltlose Behauptungen der Beteiligung an einer Firma des Imperiums von Schalk-Golodkowski sowie die vom Leipziger Schriftsteller Loest initiierten Stasi-Verdächtigungen, die vom Dezember 1990 an zu einer wahren Hetzjagd auf Keller führten. Erst nach „fast zwölf unendlich langen und mich quälenden Monaten“, teilte die damalige Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth in einer dünnen Erklärung mit, dass keine Mitarbeit in und für die Staatssicherheit in irgendeiner Form vorliege.

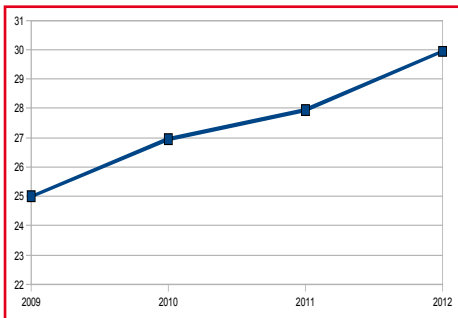
Zunehmende Sorge bereiteten Keller der Zustand von Partei und Bundestagsgruppe, welche „Prinzipien ihrer Konstituierung und ihres Gründungskonsens zum Teil preisgab.“ Keller war nach eigenen Worten in der Wendezeit „prononciert für eine Neugründung einer linken Partei eingetreten“.

Alte Strukturen drohten sich neu zu konstituieren und den Reformprozess zu einer modernen linken Partei zu blockieren. Alle internen Auseinandersetzungen in der Gruppe der PDS/Linke Liste aber wurden überdeckt vom „Streit zwischen Reformern und Traditionalisten, zwischen Ost und West, zwischen Parteiführung und Parlamentariergruppe“. Keller trat als Konsequenz als Stellvertreter von Gysi zurück und erklärte bereits Mitte 1991 öffentlich, nicht mehr für den nächsten Bundestag zu kandidieren. „Ich war durch meine Tätigkeit in der SED und der DDR immer angreifbar und wollte mich den reformerischen jungen Kräften in der Partei ersparen. Damals glaubte ich noch an Ehrlichkeit und Offenheit unter Linken, an Gerechtigkeit, Lauterkeit und Reformwillen.“

**In unserer Aprilausgabe: Das schwierige politische Wirken Dietmar Kellers in der PDS in den Jahren 1992 bis 2002.**

Am 15. Februar fand die Klausurtagung der Kreistagsfraktion zum Kreishaushalt 2012 statt. Üblicherweise ist diese Tagung immer im November vor dem zur Diskussion stehenden Haushaltsjahr. Jedoch klaffte zu diesem Zeitpunkt noch ein Loch in Höhe von 10,3 Mio. € im Planentwurf des Kreishaushaltes. Und das trotz der im Vorfeld eingeplanten Erhöhung der Kreisumlage von 27,94 % im Jahr 2011 auf 29,95 % für das Jahr 2012. Jedes Jahr stöhnt man über die Kostensteigerung in den Städten und Gemeinden. Auch unsere Städte und Gemeinden haben mit sinkenden Zuweisungen von Bund und Land zu kämpfen, werden folglich doppelt belastet. Da hilft die Aussage, dass sich die Gewerbesteuererinnahmen erheblich erhöht hätten nicht. Denn dies würde auch nur bei rund zwei Drittel der Städte und Gemeinden zutreffen. Was ist mit dem Rest? Entweder drastische Reduzierung bei den Investitionen oder Sprung in die Schuldenfalle?

Durch solche schlechten Finanzlagen kommt es zu einem erheblichen Investitionsstau. Und der hilft uns sicherlich nicht um der Bevölkerungsentwicklung einen positiven Anstoß zu verleihen. Nur wenn noch mehr Bürger unsere Städte und Gemeinden, sprich den Landkreis, verlassen, so sinken die Zuweisungen weiter und weiter.



Entwicklung der Kreisumlage seit der Kreisgebietsreform 2008 (in Prozent)

Grund der Misere ist der Rückgang bei den Zuweisungen vom Bund und Land. Gerade die Sonderbedarfsergänzungszuweisung für SGB II ist vom Rechnungsergebnis 2010 bis zum Plan 2012 um rund 10 Mio. € zurückgegangen. Das ist eine Kürzung von 31% innerhalb eines Jahres! Die Zahl der SGB II-Empfänger ist in dieser Zeit definitiv zurückgegangen, jedoch in einem viel geringeren Maße.



Unser kompetentes Redaktionsmitglied in Fragen Kommunalpolitik: Sabine Lauterbach, Mitarbeiterin der LINKSfraktion.

Zu der Fraktionssitzung waren vom Landratsamt Herr Andreas Müller, Abteilungsleiter Finanzverwaltung sowie Herr Jörg Höllmüller, Geschäftsbereichsleiter Verwaltung, Finanzen und Ordnung als geladene Gäste anwesend. Beide standen der Fraktion Rede und Antwort. Jedoch gab es nicht auf alle Fragen Antworten, siehe weiter unten.

Ein intensives Vorbereiten im Vorfeld der Sitzung war für unserer Kreisräte nicht möglich, weil das Landratsamt erst einige Tage vor der Sitzung den Kreishaushalt schließen konnte und uns keinerlei Unterlagen vor der Sitzung zur Verfügung gestellt hat. Und das trotz Terminabsprache und dem Verlegen der Sitzung nach hinten. Hier muss sich in Zukunft etwas tun damit uns ein effektives Arbeiten möglich ist.

Herr Müller vom Landratsamt informierte an Hand einer Präsentation zu den neuen Entwicklungen im Haushaltsplanentwurf 2012. Erklärungen erfolgten zu den Änderungen seit dem Dezember-Kreistag 2011.

Zum Dezember-Kreistag 2011 wurde an alle Kreisräte ein gedruckter Haushaltsplanentwurf ausgereicht, welcher durch unzählige Änderungen infällig wurde. Hier ist bereits ein erstes Einsparpotential vorhanden. Muss den bei einem derartig hohen Planungsdefizit und dem Wissen, dass sich vieles ändern wird, so viel Papier nutzlos verschwendet werden? Wir reden hier von einem ca. 5 Zentimeter starken Werk, welches an alle Kreisräte ausgereicht wurde. Dazu kommen noch die Versandkosten.

Um die zum Dezember-Kreistag noch fehlenden 10,3 Mio. € auszugleichen, wurden Maßnahmen erarbeitet.

### Im Bereich des Verwaltungshaushaltes sind folgende Änderungen geplant:

- Es wird eine Entnahme aus der allgemeinen Rücklage in Höhe von vier Mio. € angestrebt.
- Der Bund hat zusätzliche Zuschüsse signalisiert. Er erhöht seine Bundesbeteiligung an Grundsicherung im Alter u. Erwerbsminderung um 1,4 Mio. €.
- Die Überarbeitung der Haushaltsansätze in den Fachbereichen (1. Runde) bringt 0,8 Mio. € geringere Ausgaben bei 0,2 Mio. € verminderten Einnahmen.
- Die Erhöhung der Kreisumlage auf 29,95 soll zusätzliche 5,4 Mio. € bringen.
- Durch eine weitere Reduzierung der allgemeinen Schlüsselumlage gehen die Einnahmen um weitere 0,8 Mio. € zurück.
- Die Erhöhung der Finanzausgleichsumlage bringt zusätzliche 1,4 Mio. € Einnahmen.
- Zusätzliche Schlüsselzuweisung aus Vorziehen Abrechnungsbeträge ergibt 1,1 Mio. €. Es handelt sich herbei um einen Einmal-Effekt.
- Zusätzliche Wohngeldentlastung bringt 0,2 Mio. € höhere Einnahmen
- Durch die Verringerung der Sozialumlage (Beschluss Kommunaler Sozialverband) wird eine Einsparung bei den Ausgaben um 0,6 Mio. € erzielt.
- Den Kosten für Unterkunft und Heizung verringern sich bei den Ausgaben um 1,6 Mio. €, die Einnahmen verringern sich um 0,6 Mio. €.
- Die Ausgaben für das Bildungs- und Teilhabepaket wird auf die Höhe der Istkosten Stand 31.12.2012 festgesetzt. Dadurch ergibt sich eine Reduzierung der Ausgaben um 2,3 Mio. € (Es handelt sich hierbei um

zahlen und fakten, zusammengestellt von sabine lauterbach, mitarbeiterin der fraktion

einen Einmal-Effekt, da der Bund für die Jahre 2011 und 2012 Festbeträge zur Verfügung stellt).

- Durch Einsparungen bei den Personalausgaben sollen 0,6 Mio. € gespart werden.
- Die Pflichtzuführung aus der Anschubfinanzierung bringt 0,5 Mio. €.
- Durch eine Überarbeitung der Haushaltsansätze Fachbereiche (2. Runde) rechnet man mit weiteren 0,2 Mio. € Mehreinnahmen und 0,3 Mio. € geringeren Ausgaben.

**Im Bereich des Vermögenshaushaltes sind folgende Änderungen geplant:**

- Die Zuweisung aus dem kommunalen Investprogramm bringt zusätzliche Einnahmen in Höhe von 1,7 Mio. €.
- Einsparung der Ausgaben bei: Zufahrt LRA und Besucherparkplatz Freiberg, Baumaßnahme Hörsaal Mittweida (Archiv), Ausstattung und IT Schulbereich sowie beim Brandschutz ergeben gesamt 1,6 Mio. €.
- Bei der EDV und Informationstechnik (ohne Schulen), werden 0,5 Mio. € weniger ausgegeben. Dadurch verringern sich auch die Einnahmen um 0,3 Mio. €.
- Der Neubau der Straßenmeisterei in Hainichen wird mit 0,7 Mio. € bezuschusst. Beim Kreis verbleiben Mehrausgaben in gleicher Höhe.
- Durch zusätzliche 0,6 Mio. € Einnahmen bei den Bau der Kreisstraßen werden zusätzlich 0,4 Mio. € verbaut.
- Der Neubau der Rettungswachen in Hainichen und Rochlitz wird mit 1,0 Mio. € geplant und soll über eine zusätzliche Kreditaufnahme abgedeckt werden.
- Es gibt weitere Mehreinnahmen in Höhe von 0,1 Mio. € und Minderausgaben in Höhe von 0,2 Mio. € bei den Einzelveränderungen (2. Runde).

**Durch all diese Maßnahmen kann der Haushalt geschlossen werden.**

In der darauf folgenden Diskussion kam die Frage zum Stand des von unserer Fraktion seit nunmehr zwei Jahren geforderten **Personalentwicklungskonzeptes**. Auf diesen Punkt ging die Landkreisverwaltung nicht ein. Zwar wurde im Vorjahr viel Gerede um dieses Konzept gemacht, jedoch wohl offensichtlich von der Landkreisverwaltung auf Eis gelegt.

Die Nachfrage zum **Bau der Rettungsleitstellen** ergab: Lt. EU-Recht müssen die Rettungsleitstellen bei den Vergaben im Besitz bzw. Anmietung des Leistungserbringers liegen. Beide Immobilien gehören der DRK. Das DRK verwendet diese Immobilien auch für eigene Zwecke und wünscht keine Vermietung.

Bemängelt wurde auch eine große Differenz zwischen den geforderten und den tatsächlich gezahlten Kosten der Leistungsempfänger bei den

Landratsamt: höhere Kraftstoffpreise um 15% sowie gestiegene Personalausgaben machen dies nötig.

Frage: Woher kommen die um 10 Mio. € verringerten Ausgaben bei der Döbelner Option?  
Antwort Landratsamt: Es handelt sich hierbei um Transferleistungen, welche vom Bund auf Grund einer gesetzlichen Grundlage komplett übernommen werden. Die Gelder werden nur im Auftrag des Bundes verwaltet.

**Der Haushaltsplan liegt seit dem 08.März zur Einsicht aus. Jeder interessierte Bürger kann im Landratsamt Einsicht nehmen. Zum Kreistag am 28. März 2012 würden wir uns einen regen Besucheransturm wünschen. Denn interessant ist doch die Einstellung der „Bürgermeisterfraktion“ zum Thema der ständig steigenden Kreisumlage.**



Die Goldene Pforte im Freiburger Dom, geschaffen um 1230 - ein Höhepunkt romanischer Kunst in Deutschland und sicherlich Anziehungspunkt zur 850-Jahr-Feier der Bergstadt.

**Kosten für Unterkunft und Heizung.** Deshalb sieht man hier einen falschen Planansatz. Bei dem Bildungs- und Teilhabepaket liegen noch viele unbearbeitete Anträge. Auch hier wird ein falscher Kostenansatz vermutet.

Die Frage eines Kreisrates lautete: Wie groß ist der prozentuale Anteil, an dem die Kreisräte noch Gestaltungsspielraum haben? Antwort Landratsamt: es gibt nur ca. eine Mio. € realen Spielraum.

Bitte um eine eine Erklärung zu den Mehrausgaben für den ÖPNV von fast einer Mio. €. Antwort

**Einladung zur turnusmäßigen Informationsveranstaltung der Kreistagsfraktion**

Zu dieser laden wir alle gewählten Stadt- und Gemeinderäte, Ortschaftsräte, Nachfolgekandidaten des Kreistages sowie Sympathisanten recht herzlich ein.

**Termin:** Dienstag der 03.04.2012

**Zeit:** 18:00 Uhr

**Ort:** 09661 Hainichen/OT Cunnersdorf, Gasthof „Weiße Taube“

## qualifizierte eckpunkte der linken zur fortschreibung des landesentwicklungsplans 2003(teil 9)

Auf ihrer vorjährigen Frühjahrsklausur hat sich die Landtagsfraktion der LINKEN auf die Schwerpunkte ihrer Arbeit bis zur Halbzeit der Legislaturperiode verständigt.

**Dr. Jana Pinka** aus Freiberg, Mitglied für DIE LINKE im sächsischen Landtag, dort stellvertretende Fraktionsvorsitzende, mit Abgeordnetenbüro in Freiberg, leitet die **Arbeitsgruppe „Nachhaltige Landesentwicklung“**. Diese hat der Frühjahrsklausur den Entwurf eines qualifizierten Eckpunktepapiers für die 2013 anstehende Fortschreibung des gültigen Landesentwicklungsplans 2003 vorgelegt. Wir dokumentieren im folgenden den Teil -9- ihrer Überlegungen zu diesem Eckwertepapier.



## Der heutige Schwerpunkt: Öffentliche Sicherheit

Im derzeitigen Verständnis von Landesentwicklung und Raumordnung ist ein ambivalenter Umgang mit dem Konzept der öffentlichen Sicherheit und Ordnung /1/ festzustellen: Auf der einen Seite werden Aspekte der öffentlichen Sicherheit sowohl im Raumordnungsgesetz als auch im Landesentwicklungsplan nur indirekt benannt, auf der anderen Seite ist das Konzept der öffentlichen Sicherheit ein ausdrücklicher und fester Bestandteil der Daseinsvorsorge, gleichrangig mit „Soziales“, „Gesundheit“, „Kultur/Sport“, „Ver- und Entsorgung“, „Verkehr/Mobilität“, „Kommunikation“, „Handel/Dienstleistungen“. Durch die ausdrückliche Verknüpfung von Landesentwicklung und öffentliche Sicherheit können jedoch soziale Brennpunkte markiert werden, die strategisch nur durch langfristige strukturelle Gestaltung in Verbindung mit effektiver sozialer Kontrolle bewältigt werden können.

Die entscheidende Konsequenz dieser Verbindung von Landesentwicklung und Raumordnung mit öffentlicher Sicherheit besteht nicht in erster Linie darin, neue Instrumente der Landesentwicklung und Raumordnung zu ‚erfinden‘, sondern a) bestehende Formen so zu fokussieren, dass sie im Ergebnis zu einer anhaltenden Verbesserung der objektiven und subjektiven Sicherheitslage führen und b) eine integrative Politik zwischen Landesentwicklung und Strukturreformen von Institutionen sozialer Kontrolle (z.B. Polizeireform, Zugang zu Justiz, Wiedereingliederung - all diese Reformen sind letztlich nur im Kontext der Landesentwicklung zu beantworten) ermöglichen.

Die bestehende Situation im Bereich öffentlicher Sicherheit und Ordnung in

Sachsen stellt sich insbesondere auch als Folge sozialer und demographischer Entwicklungen dar, die historisch erklärbar aus dem Umbruch in den neunziger Jahren aber dann auch durch negative Tendenzen in der Strukturentwicklung der letzten 20 Jahre geprägt sind. Hervorzuheben ist hier für den Zusammenhang „Landesentwicklung - öffentliche Sicherheit“ die Abkopplung und der soziale Ausschluss ganzer Regionen und dort verbliebener Bevölkerungsgruppen, die insbesondere die Altersgruppe zwischen 18 und 35 Jahren („Prekariat“) und hier wiederum die jungen Männer betrifft - mit der Folge der Zunahme von Aggressivität, Gewaltbereitschaft und Mitleidlosigkeit sowie rechtsextremen Neigungen.

Es ergeben sich **zwei grundlegende Gestaltungsebenen:**

- Auf struktureller Ebene geht es um eine auf menschliche Lebensverhältnisse ausgerichtete Landesentwicklung und Raumordnung, die insbesondere solche strukturellen Defizite aufhebt, die zu krasser und dauerhafter sozialer Benachteiligung und Ausschluss aus sozialer Teilhabe führen.
- Auf individueller Ebene sind Faktoren zu beeinflussen, die mit sozialer Ausgrenzung, niedrigem Einkommen, der Situation alleinerziehender Mütter, oder auch der Häufung psychischer Krankheitsbilder zusammenhängen.

**Empfehlungen:**

- Weitere Vorarbeiten sind erforderlich, um zu konkreten Gestaltungsvorschlägen zu kommen. Spezifische Empfehlungen sollten sich entlang der folgenden Faktoren orientieren:
- Für die Aufhebung struktureller Defizite in sozialen Brennpunkten sind den konkreten regionalen und

lokalen Erfordernissen entsprechende wirtschaftliche Voraussetzungen zu schaffen (auch alternative Projekte unter Ausschöpfung von Fördermöglichkeiten, z.B. im Rahmen der Kohäsionspolitik), Antworten auf negative demografische Entwicklungen zu finden, und Formen grenzübergreifender Gestaltung (Öffnung Arbeitsmarkt) zu entwickeln.

Für die Schaffung individueller Gestaltungsmöglichkeiten bzw. Partizipation sind die Bedingungen für Erwerbstätigkeit, Erreichbarkeit von verfügbaren Arbeitsplätzen (Nahverkehr, Barrierefreiheit) zu verbessern, die insbesondere zu einer Senkung von Jugendarbeitslosigkeit führen, den Zugang zu Bildung und Weiterbildung sowie Kultur und Erholung erleichtern. Der diskriminierungsfreie, sozial gerechte Zugang zu IKT ist zu erreichen. Entsprechende Voraussetzungen sind für eine ausreichende und auf soziale Schwerpunkte zugeschnittene Gesundheitsversorgung zu schaffen.

Im Sinne einer integrativen ganzheitlichen Landesgestaltung sind die Erkenntnisse einer vor dem Hintergrund „öffentliche Sicherheit“ fokussierten Landesentwicklung und Raumplanung mit Reformvorhaben im Polizei- und Justizbereich sowie anderen Bereichen sozialer Kontrolle zu koordinieren. Ansätze auf lokaler Ebene dafür gibt es mit dem Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt“. Jedoch ist der Bestand des Programms massiv gekürzt und somit gefährdet.

**Erläuterung:**

/1/ Das hier verwendete Konzept der „öffentlichen Sicherheit“ und der „öffentlichen Ordnung“ umfasst ebenso den unter dem Begriff der „inneren Sicherheit“- mithin häufig staatszentriert und repressiv - verstandenen „Schutz der Bürger eines Staatswesens vor Verhaltensweisen, die als kriminelle gelten und mit Strafe bedroht sind“ (vgl. [www.krimlex.de](http://www.krimlex.de), Stichwort „Innere Sicherheit“), geht jedoch weit darüber hinaus, indem es gemeinschaftlich bürgerliches Engagement für öffentliche Ordnung und Sicherheit ausdrücklich einbezieht. Eine solche Perspektive ist gerade für die Integration von Landesentwicklung und Raumordnung von weitreichender Bedeutung, da nicht nur die funktionale Relevanz sicherheitsrelevanter staatlicher Strukturen (wesentlich Polizei und Justiz), sondern Möglichkeiten bürgernaher Prävention und sozialer Kontrolle in Strategien der Landesentwicklung verankert werden müssen. Vom Konzept der „öffentlichen Ordnung“ in diesem Sinne nicht erfasst sind darüber hinausgehende sicherheitsrelevante (nicht der polizeilichen Gefahrenabwehr unterliegende) Bereiche wie Katastrophen- und Brandschutz sowie Rettungsdienst.





Nachfolgend zwei Beiträge von unserem Redaktionsmitglied **Sabine Pester**, Mitarbeiterin des MdL und Kreisvorsitzenden der LINKEN, **Falk Neubert**

## Neueste Enthüllung zum 19. Februar 2011 in Dresden: 48-Stunden-Nonstop-Überwachung der LINKEN-Parteizentrale

Die sächsischen Behörden hatten mit flächendeckender „nicht individualisierter Funkzellenabfrage“ am 19. Februar 2011 massenhaft Handydaten gespeichert. Diese Datensammlung umfasste über eine Million Verkehrsdatensätze mit über 320.000 Rufnummern. Zehntausende Anwohner waren genauso betroffen wie friedliche Demonstranten, Journalisten, Abgeordnete und Rechtsanwälte. Bisher stand die zwölfstündige Überwachung der Dresdner Südvorstadt im Fokus des öffentlichen Interesses. Doch wie die Fraktion DIE LINKE jetzt herausfand, wurde vom 18. Februar 2011 00:00 Uhr bis 19. Februar 2011 24:00 Uhr das „Haus der Begegnung“ und damit die Dresdner Büros der Partei DIE LINKE 48 Stunden lang nonstop überwacht.

Gravierender „Nebeneffekt“ der Ausspähhaktion: Weil die Großenhainer Straße ein Autobahnzubringer ist, täglich rund 200 Straßenbahnen und eine Vielzahl von S-Bahn-Zügen durch Dresden-Pieschen fahren, ist davon auszugehen, dass mit dieser Aktion die Daten unzähliger Dritter abgeschöpft worden sind.

Der innenpolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE, Rico Gebhardt, erklärte dazu: „Ich bin immer wieder unangenehm überrascht – gerade auch nach dem erfreulichen Demonstrationsverlauf am 13. Februar 2012 –, welche unangemessenen Ermittlungsmethoden von Polizei und Justiz rund um den 19. Februar 2011 ans Licht kommen. Daraus kann nur eine vernünftige Konsequenz gezogen werden: Alle Daten, die durch die diversen massenhaften Handydatenerfassungen gesammelt wurden, sind sofort zu löschen! Begangene Straftaten können auch ohne dieses dubiose und grundrechtswidrige Ermittlungsinstrument aufgeklärt werden.“

Nach Meinung von Falk Neubert war auch „diese Datenerfassung war völlig unverhältnismäßig. Besonders verwerflich ist, neben der Betroffenheit zahlloser Unbeteiligter, dass auch all die Menschen, die zum Tatort des inzwischen für rechtswidrig erklärten SEK-Einsatzes herbeigeeilt waren, von dieser Handydaten-Überwachung erfasst wurden.

Damit sich so etwas nicht wiederholt, wollen wir die Rechtswidrigkeit auch dieses Vorgehens feststellen lassen.“

Sowohl Rico Gebhardt als auch Falk Neubert sind von dieser Funkzellenabfrage unmittelbar betroffen und haben den Dresdner Rechtsanwalt André Schollbach damit beauftragt, rechtliche Schritte einzuleiten. Dieser war bereits erfolgreich gegen die Stürmung des Hauses der Begegnung durch ein Spezialeinsatzkommando (SEK) vorgegangen. Schollbach hat jetzt beim Amtsgericht Dresden die Feststellung der Rechtswidrigkeit beantragt. Er meint dazu: „Bei dieser Aktion haben die sächsischen Strafverfolgungsbehörden erneut elementare Rechtsgrundsätze in gravierender Weise verletzt. Einem derartigen Vorgehen müssen Grenzen gesetzt werden.“

## Mahngang „Täterspuren“: Statt 300 kamen mehr als 2.000

Der Landtagsabgeordnete der LINKEN Falk Neubert hat den Mahngang „Täterspuren“ am 13. Februar in Dresden angemeldet. Dazu beantwortete er die folgenden drei Fragen:

*Dass sich mehr als zweitausend Menschen bei frostigen Temperaturen stundenlang an einem Stadtrundgang zu historischen Orten der Nazi-Täter und ihrer Verbrechen beteiligen, dürfte deutschlandweit in dieser Form einmalig sein. Wie ist es zu einer solchen Veranstaltung gekommen, und was hat Sie dazu bewogen, sie nun schon zum wiederholten Mal anzumelden?*

Es war tatsächlich ein Riesenerfolg, dass so viele Menschen an diesem Mahngang teilgenommen haben. Wir selbst hatten ganz zu Beginn in die Anmeldung 300 Personen geschrieben. In Dresden stand am 13. Februar immer in erster Linie das Gedenken an die Opfer der Bombardierung. Inzwischen ist es glücklicherweise Konsens, dass ein lauter und deutlicher Protest gegen Naziaufmärsche dringend nötig ist. Dem Bündnis Dresden-Nazifrei ist es darüber hinaus wichtig, auf Menschen und Institutionen in dieser Stadt zu verweisen, die einen aktiven Beitrag zu den Verbrechen der Nazizeit geleistet haben. Dresden war keine unschuldige Stadt. Vor diesem Hintergrund stand es für mich außer Frage, auf Wunsch von Dresden-Nazifrei auch dieses Jahr die Anmeldung vorzunehmen.

*Im vergangenen Jahr war der Mahngang erheblichen behördlichen Repressionen ausgesetzt und nach seinem Beginn schon gleich wieder zu Ende. Bestätigt der Umstand, dass er diesmal ungehindert stattfinden konnte, die Gesamtwahrnehmung, dass die Stadt Dresden im Zusammenhang mit dem 13. Februar dazu gelernt hat?*

Im letzten Jahr wurde der Mahngang von der Stadt Dresden schlicht verboten. Alle Kompromissvorschläge unsererseits wurden abgelehnt. Eine der Begründungen war, der Mahngang sei lediglich vorgeschoben, um Menschen

für die Blockaden zu sammeln. Vor dem Hintergrund, dass sich viele Künstlerinnen und Künstler in die inhaltliche Vorbereitung eingebracht haben, war das mehr als ein Affront. Gegen dieses Vorgehen der Stadt Dresden habe ich inzwischen in Absprache mit Dresden-Nazifrei Klage eingereicht. In diesem Jahr war die Situation tatsächlich eine völlig andere. Sowohl die Vertreterin des Ordnungsamtes als auch der Polizeiführer vor Ort waren ausgesprochen kooperativ. Man hat schon gespürt, dass der äußere politische Druck bei Polizei und Stadt dahingehend extrem groß war, dass es in diesem Jahr nicht zur Eskalation kommen darf. Das ist in erster Linie mit Sicherheit Folge der bekanntgewordenen Morde des Zwickauer Nazitrios, aber wahrscheinlich auch Ergebnis der Arbeit der AG 13. Februar in Dresden, die aus meiner Sicht schon versucht hat, unterschiedliche Protestformen gegen Nazis nicht wie bisher gegeneinander auszuspielen und damit zivilgesellschaftlichen Protest zu delegitimieren bzw. zu kriminalisieren.

*Soll der Mahngang am 13. Februar zu einer festen Institution in Dresden werden, welche Zukunft sehen Sie für dieses Projekt, und wird es ggf. im Laufe der Zeit veränderte Gestalt annehmen bzw. noch andere Aspekte berücksichtigen? Können Sie sich vorstellen, dass der Mahngang 2012 vielleicht als Gemeinschaftsprojekt von Politikern aller demokratischen Parteien fortgesetzt wird?*

Diese Frage wird Dresden-Nazifrei in der nächsten Zeit beantworten müssen. Ich persönlich denke, dass auch in Zukunft eine solche andere Perspektive auf den 13. Februar dringend geboten ist. Und ich finde es ausgesprochen wichtig, dass sich – wie bereits in diesem Jahr – prominente PolitikerInnen in diesen Mahngang einreihen. Die organisatorische und inhaltliche Verantwortung sehe ich bei Dresden-Nazifrei sehr gut aufgehoben.



MdL Falk Neubert (Bildmitte) meldete den Mahngang „Täterspuren“ erneut an. Diesmal erfolgreich

teil 10: kloster altzella bei nossen - stiftungsort der wettiner und quelle ihres späteren reichums



Bei unseren Ausflügen in die Geschichte sind uns bisher vor allem die deutschen Könige bzw. Kaiser Heinrich I., Otto I., Heinrich III. und Friedrich I. (Barbarossa) begegnet. Diese hatten wesentlichen Anteil an der Festigung der deutschen Herrschaft im nördlichen Bereich unserer Region. Wir haben das in den bisherigen Folgen unserer Serie verdeutlicht.

Nunmehr treten die Wettiner - benannt nach ihrer Hausburg Wettin in der Nähe von Halle/Saale - in das Licht der Geschichte. Die Burgwardschaft Wettin wurde im Jahr 961 in einer von Kaiser Otto I. ausgestellten Urkunde erstmals schriftlich erwähnt.

Die Wettiner bestimmten weit mehr als 800 Jahre das Schicksal Sachsens - beginnend mit der Etablierung durch Heinrich I. von Eilenburg und Konrad dem Großen in der Mark Meißen. Dessen Sohn Otto („Otto der Reiche“, Markgraf von Meißen von 1156 bis 1190), wurde zur entscheidenden historischen Persönlichkeit für die Entwicklung unserer heutigen Region. Dazu trugen entscheidend die Silberfunde von 1168 auf dem Gebiet des Klosters Altezelle (heute Altzella) im Landkreis Meißen bei.

Der oft als Stammvater des Sächsischen Königshauses der Wettiner bezeichnete Konrad I. („der Große“) teilte 1156 die Besitzungen an seine Söhne auf. Otto („der Reiche“) erhielt dabei den Hauptbesitz, die Mark Meißen. Markgraf Otto ließ die Landschaft zwischen Freiburger Mulde und Striegis von den zur Markgrafschaft Meißen gehörigen Burgen Mochau und Döbeln aus besiedeln. So entstanden viele Dörfer, u.a. Christiansdorf. Im Jahr 1162 stiftete Markgraf Otto auf Betreiben seiner Frau Hedwig - einer Tochter des Markgrafen von Brandenburg - das Kloster Altzella, damals „Cella

für Altezelle war das Kloster Pforta bei Naumburg (Saale), eines der ersten Zisterzienser-Abteien in Deutschland. Im Jahr 1175 zogen der Abt und sein Konvent aus Pforta in das Kloster Altezelle ein.

Für die Jahre 1180 bis 1230 ist eine rege Bautätigkeit nachzuweisen. In diese Zeit datieren auch die Gebäude des Klausurbereichs (der abgegrenzte, nur den Ordensangehörigen vorbehaltene Bereich eines Klosters) und das romanische Stufenportal. Im Jahr 1198 wird die Klosterkirche geweiht.

In diese Zeit fällt auch die Entschei-

deutschland entwickelt. Mönche aus Altzella waren unter anderem an der Gründung der Universitäten Prag und Leipzig beteiligt. In dieser Blütezeit lebten etwa 250 Mönche ständig im Kloster. Das Kloster Altzella besaß eine sehr bedeutende wissenschaftliche Bibliothek, die im 1506 errichteten Bibliothekssaal im Obergeschoss des Konversenhauses (ein Konverse ist ein Laienbruder, der zur Entlastung der Mönche körperliche Arbeiten verrichtet) untergebracht wurde. Auch wirtschaftlich prägte das Kloster die Region. Bis nach Böhmen hinein errichtete die Abtei ihre Wirtschaftshöfe



Heute zeigt sich der Klosterpark Altzella mit seiner noch gut erhaltenen Klostermauer als die Gesamtheit eines romantischen Parks mit Ruinen und renovierten Gebäuden. Im Bild links das Konversenhaus - es beherbergt heute u.a. Ausstellungen zur Geschichte und zur Architektur und im Bibliothekssaal zur Buchkunst der Zisterzienser. Rechts die Ruine der früheren Klosterabtei.

Sanctae Mariae“ („Altezelle“, später „Altzella“). Dafür übereignete ihm Kaiser Friedrich I. Barbarossa das entsprechende Land. Um 1168 wurde auf dem ca. 800 Hufen (über 15.000 Hektar) großen Klostergelände in der Dorfflügel von Christiansdorf Silber gefunden, welches später Ottos Reichtum begründete. Nahe der Fundstelle ließ Otto eine bergmännische Siedlung anlegen, die zum Ausgangspunkt für Freiberg, der bedeutendsten Bergstadt Sachsens wird. Nach den Silberfunden von 1168 wurde ein Teil des Klosterlandes umgetauscht. Mutterkloster

dung, Kloster Cella zur Erbgräbnisstätte der Wettiner zu machen. Diese Funktion als frühe Grablage der Markgrafen von Meißen übte Kloster Cella von 1190 bis 1381 aus.

Im Jahr 1268 wird bei Guben das Tochterkloster Neuzelle (Cella Nova) gegründet. Zur besseren Unterscheidung der beiden Klöster bürgert sich allmählich die Bezeichnung „Cella Vetus“ (Altzella) ein.

Seine Blütezeit erlebt Kloster Altezella im 14. und 15. Jahrhundert, als es sich zu einem der bedeutendsten Klöster in Mittel-

zur Eigenversorgung mit Lebensmitteln und Rohstoffen.

Im Zuge der Reformation in Sachsen wurde das Kloster im Jahr 1540 verweltlicht (säkularisiert), veranlasst durch den albertinischen Herzog Heinrich den Frommen. Der sächsische Hof übernahm den Besitz. Das Inventar wurde verteilt, der größte Teil des wertvollen Buchbestandes ging an die Universität Leipzig.

Ab 1560 wurden große Teile der Klosterbauten abgebrochen. Dabei wurden u.a.

**kreisvorstand aktuell**

(Redaktion) Der Kreisvorstand kam am 12. März - nach Redaktionsschluss - zu seiner turnusmäßigen Sitzung zusammen. Durch den geschäftsführenden Kreisvorstand wurde am 2. März die Tagesordnung mit folgenden Schwerpunkten festgelegt:

- Auswertung der Anti-Nazi-Demonstrationen am 13. und am 18. März in Dresden
- Bericht über die Tätigkeit des Landesrates durch die beiden mittelsächsischen Mitglieder Angelika Schubert und Peter Emmrich
- Stand der Vorbereitung des Kreisparteitages am 21. April in Geringswalde/Hoyersdorf
- Information zum Zwischenstand der Arbeit der auf Beschluss des Kreisvorstandes berufenen Arbeitsgruppe Finanzen
- Information zum Stand der Vorbereitung der LINKEN auf den „Tag der Sachsen“ in Freiberg.

**walter träger - 100 jahre jung**



Am 14. Februar feierte Genosse **Walter Träger** in Mittweida seinen 100. Geburtstag. Dazu gratulierten ihm seine Genossinnen und Genossen aus Mittweida recht herzlich und wünschten ihm weiterhin alles Gute, vor allem Gesundheit. Wir schließen uns diesen Wünschen sehr gern an. Walter Träger kann heute noch viel aus seinem bewegten politischen Leben erzählen. Beruflich war er als Geldsachbearbeiter bei der Deutschen Notenbank in Mittweida beschäftigt.

**zum schmunzeln**

*Gegen eine Dummheit, die gerade in Mode ist, kommt keine Klugheit an.*

Theodor Fontane

*Gute Erziehung besteht darin, dass man verbirgt, wie viel man von sich selber hält und wie wenig von den anderen.*

Jean Cocteau

**unsere jubilare**

Unseren Genossinnen und Genossen mit runden und halbrunden Geburtstagen sowie unseren Hochbetagten gratulieren wir hiermit ganz besonders herzlich!

Im Monat April wird aus diesem Anlass gefeiert bei:



Liesbeth Uhlemann	geb. am	01.04.1932,	in	Brand-Erbisdorf
Elfriede Richter	geb. am	01.04.1921,	in	Eppendorf
Leonore Kasper	geb. am	03.04.1921,	in	Freiberg
Ina Gumprecht	geb. am	04.04.1942,	in	Penig
Ingeborg Wolf	geb. am	06.04.1930,	in	Freiberg
Irene Drexler	geb. am	06.04.1932,	in	Rochlitz
Werner Winkler	geb. am	09.04.1924,	in	Seelitz
Hilda Preiß	geb. am	10.04.1922,	in	Ostrau
Ilse Hoppe	geb. am	12.04.1924,	in	Penig
Marie-Luise Richter	geb. am	13.04.1930,	in	Erlau
Else Börner	geb. am	12.04.1925,	in	Flöha
Gerda Fandrich	geb. am	13.04.1937,	in	Lichtenberg
Bernd Lehmann	geb. am	15.04.1942,	in	Freiberg
Heinz Zimmermann	geb. am	15.04.1927,	in	Freiberg
Marlene Hofmann	geb. am	20.04.1932,	in	Hartha
Wilfried Höhn	geb. am	20.04.1932,	in	Rochlitz
Silvia Krebs	geb. am	21.04.1952,	in	Mittweida
Johannes Förster	geb. am	22.04.1952,	in	Gardelegen
Gerda Grzeskowiak	geb. am	22.04.1920,	in	Brand-Erbisdorf
Thea Meinekat	geb. am	22.04.1932,	in	enig
Christa Reuther	geb. am	24.04.1930,	in	Rossau
Therese Bäßler	geb. am	24.04.1928,	in	Waldheim
Heinz Schulze	geb. am	26.04.1921,	in	Freiberg
Erika Günther	geb. am	27.04.1924,	in	Brand-Erbisdorf
Ingeborg Beckert	geb. am	28.04.1924,	in	Freiberg
Rudolf Kühne	geb. am	28.04.1923,	in	Döbeln
Ilse Schroth	geb. am	29.04.1927,	in	Neuhausen

Bereits am 13. März feierte Genossin **Lisbeth Möller** aus Freiberg ihren 80. Geburtstag. Wir gratulieren nachträglich ganz besonders herzlich.



Links im Bild das romanische Klosterportal, entstanden im letzten Viertel des 12. Jahrhunderts, als ehemaliger Haupteingang. Rechts das Mausoleum im klassizistischen Stil.

Baustoffe für die nahegelegene Nossener Stadtkirche und das Amtsschloss gewonnen. Der Wirtschaftsbereich des ehemaligen Klosters wurde zum kurfürstlichen Kammergut ausgebaut.

Erst mehr als ein Jahrhundert nach der Säkularisierung des Klosters - im Jahr 1676

- ordnete der sächsische Kurfürst Johann Georg II. zum würdigen Gedenken an seine Vorfahren Grabungen an und ließ eine Begräbniskapelle errichten. Diese blieb allerdings unvollendet und wurde erst mehr als ein weiteres Jahrhundert später - in den Jahren 1787 bis 1804 - als Mausoleum im klassizistischen Stil vollendet.

## Terminübersicht

### März 2012:

17. März Beratung des Bundesvorstandes der LINKEN mit den Kreisvorsitzenden in Hannover
20. März 15 Uhr Veranstaltung mit Prof. Götz Dieckmann zum Thema „Faschismus heute und was ist zu tun“  
Veranstaltung des Rot-Fuchs e.V.  
Hotel Regenbogenhaus Freiberg, Brückenstraße
21. März Fraktionssitzung der LINKSfraktion zur Vorbereitung des Kreis-tags vom 28. März
30. März/1. April Treffen der bundesweiten Frauenarbeitsgemeinschaft LISA  
Bad Neuenahr

### April 2012:

03. April 18 Uhr Informationsveranstaltung der LINKSfraktion im Kreistag  
Hainichen, OT Cunnersdorf, Gasthaus „Weiße Taube“
16. April 16 Uhr Ehrung von Ernst Thälmann anlässlich dessen Geburtstag  
Freiberg, Meißner Gasse
16. April 19 Uhr Beratung des Kreisvorstandes der LINKEN
21. April **Kreisparteitag** der mittelsächsischen LINKEN  
Diskussion der sozialpolitischen Leitlinien des Landesverbandes, Wahl der Delegierten zum Bundesparteitag und zur Landes-Seniorenkonferenz  
Geringswalde/OT Hoyersdorf, Gaststätte „Hundsnase“

**Am 1. Mai und am 8. Mai finden die Veranstaltungen zum traditionellen Maifeiertag bzw. aus Anlass des Tages der Befreiung statt. Die Veranstaltungen werden von den Ortsverbänden der LINKEN organisiert, teilweise gemeinsam mit dem DGB.**

### auch chemnitz wehrte sich !

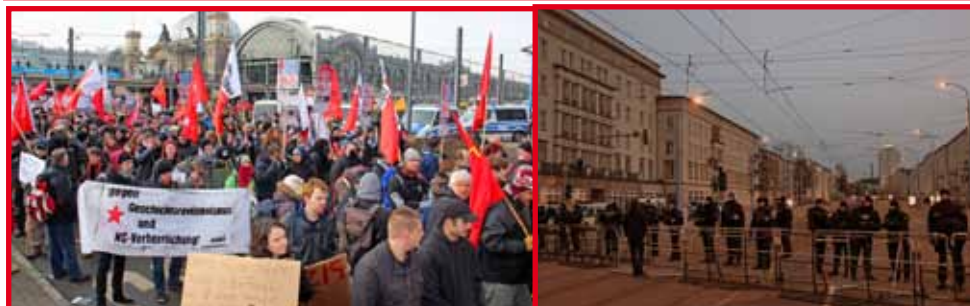


Unser Redaktionsmitglied **Sabine Pester** (siehe auch Seite -9-) zur Anti-Nazi-Demo in Chemnitz als aktive Helferin an der Gulaschkanone. Hier gab es „Suppe gegen Nazis“ von der LINKEN.

Dresden am 13. und 18. Februar, Münster am 3. März, Chemnitz am 5. März, Magdeburg, Dessau und Plauen: Überall stellen sich die Menschen quer gegen die braune Brühe, die sich über ihre Städte, angeblich anlässlich ihrer Zerstörung im 2. Weltkrieg, ergießt. Unser Redaktionsmitglied **Ruth Fritzsche** berichtet auf Seite -2- in einem Kurzbericht über den 18. Februar in Dresden, die Wortmeldung von **Sabine Pester** zum gleichen Tag bringen wir aus Platzgründen leider nicht unter.

Erfreulich, dass auch in Chemnitz ein echter Fortschritt gegenüber dem Vorjahr erreicht wurde. Die Bürgerschaft, die den Tag der Kriegszerstörung seit Jahren als so genannten Friedenstag begeht, fand sich nach einem Sternmarsch von Kirchen zur Kundgebung auf dem Neumarkt zusammen. 2.000 Chemnitzer kamen.

Mehr - vor allem junge Leute - waren es, die sich den ca. 350 Nazis direkt in den Weg stellen wollten und sich nach Märschen durch die Innenstadt an die Aufmarschstrecke der Nazis um den Südbahnhof begaben. Insgesamt sorgten ca. 2.000 Polizisten aus dem gesamten Bundesgebiet mit Reiterstaffel, Räumpanzer und Wasserwerfer für „Deeskalation“. Aber in die Innenstadt von Chemnitz - wie im Vorjahr - kamen die Nazis diesmal nicht. (hw)



Fotografische Episoden von den Anti-Nazi-Aktionen in Dresden und Chemnitz. In Dresden (oben und unten links) beherrschten am 18. Februar die Antifaschisten die Szene. In Chemnitz (unten rechts) musste ein klägliches Häuflein von Neonazis polizeilich geschützt werden, nachdem sie noch im Vorjahr triumphierend durch die Stadt gezogen waren.

**Wir trauern gemeinsam mit den Angehörigen um unseren verstorbenen Genossen**

**Heinz Schönerstedt aus Döbeln**

**Wir werden ihm stets unser ehrendes Gedenken bewahren.**